

CSC info

Halbmonatliche Informationszeitschrift
des CSC-Bezirksverbandes
Liège - Verviers - Ostbelgien
Ausgabe 6, 26. März 2021

www.diecsc.be



Zeit für eine echte Anerkennung

Seite 3

Inhalt

Seiten 3-8

Dossier: Es ist Zeit für eine echte Anerkennung der Arbeitnehmer

Seite 9

Meldungen

Seite 10

18 der 33 bedrohten Arbeitsplätze bei Shur-Lok gerettet

Seite 11

Meldungen

Seite 12

Weltfrauentag am 8. März

Seite 13

CNE: Wirtschaftliche Infografik

Seiten 14-15

Grünes Licht für die Anpassung des Index-Warenkorbes

Seite 16

29. März: Aktions- und Streiktag

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Vera Hilt Liliane Louges
Angela Mertes Jochen Mettlen
Birgit Schlüter Maryline Weynand

Layout: Jessica Halmes

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressediens@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

WIE ERREICHEN SIE DIE CSC IN CORONAZEITEN?

Seit Mitte März bietet der Arbeitslosendienst der CSC wieder Sprechstunden an. Diese schrittweise Einführung der Sprechstunden gilt zunächst für die Dienstleistungszentren in Eupen und St.Vith (siehe unten und Seite 9). Der Arbeitslosendienst und alle anderen CSC-Dienste sind weiterhin telefonisch und per Mail für Sie da. In dringenden Fällen sind auch Terminabsprachen möglich. Ihre Dokumente können Sie weiterhin in den Außenbriefkästen unserer Dienstleistungszentren hinterlegen.

ARBEITSLOSENDIENST 087 85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

csc.chomage.stvith@acv-csc.be

CSC Kelmis

csc.chomage.kelmis@acv-csc.be

JURISTISCHER DIENST

CSC Eupen

087 85 98 95 | sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

087 85 99 33 | sj.verviers@acv-csc.be

SOZIALSPRECHSTUNDEN

CSC Eupen

087 85 99 22 | csc.ostbelgien@acv-csc.be

CSC St. Vith

087 85 99 32 | csc.stvith@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St. Vith 087 85 99 33 | sj.verviers@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen grenzgaenger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien



Es ist Zeit für eine echte Anerkennung der Arbeitnehmer!

© Gheleyne Bastian



Wie setzt sich Ihr Lohn zusammen? Wie findet der Sozialdialog statt? Welche Rolle spielt das Überberufliche Abkommen (ÜBA) - auch Manteltarifabkommen genannt - in diesem Kontext? Jetzt, wo die ÜBA-Verhandlungen festgefahren sind, befassen wir uns mit diesen Fragen.

Die Artikel dieses Dossiers stammen aus der „Lohnzeitung“, von der belgienweit eine Million Exemplare verteilt werden. Darüber hinaus findet am 29. März ein Aktions- und Streiktag statt, um den Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Ausdruck zu verleihen (siehe auch die Seiten 9 und 16). Weitere Informationen zum Manteltarifabkommen und zum Aktions- und Streiktag sowie die vollständige Fassung der Lohnzeitung finden Sie unter www.diecsc.be/uba.

ALLES ÜBER IHREN LOHN

Wann wird Ihr Lohn auf Ihr Konto überwiesen? Wie funktioniert das mit dem Index? Was ist mit der Erstattung der Fahrtkosten? Haben Sie Anspruch auf eine Jahresendprämie? Hier die wichtigsten Regeln in diesem Bereich.

Der Zeitpunkt

Ihr Lohn wird spätestens am vierten Arbeitstag nach dem Monat, in dem Sie gearbeitet haben, auf Ihr Bankkonto überwiesen. Die Arbeitsordnung kann eine andere Frist vorsehen. Ihr Lohn muss aber innerhalb von sieben Arbeitstagen nach dem Ende des Monats ausgezahlt werden. Die Löhne müssen überwiesen werden. Für Arbeitnehmer, die nicht über ein Bankkonto verfügen, muss der Lohn via Zirkularscheck bezahlt werden. In der Regel können die Löhne nicht in bar – Banknoten und Münzen – ausgezahlt werden, außer für Saisonarbeiter und Gelegenheitsarbeiter in der Landwirtschaft und im Gartenbau sowie für Arbeitnehmer im Diamantsektor. Für die Arbeiter muss

der Lohn mindestens zweimal im Monat gezahlt werden. Zwischen den Einzahlungen dürfen nicht mehr als 16 Tage vergehen. In der Regel ist die erste Zahlung ein Vorschuss, und die zweite ist die endgültige Lohnabrechnung des Vormonats. Für Angestellte und Führungskräfte muss das Gehalt mindestens jeden Monat gezahlt werden.

Der Betrag

Die Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen finden in der paritätischen Kommission Ihres Sektors statt. Dort tagen die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. In Belgien gibt es etwa 180 paritätische Kommissionen. Die in einer paritätischen Kommission vereinbarten Abkommen sind für jedes Unternehmen, das zu diesem Sektor gehört, rechtsverbindlich. Jeder Sektor schließt seine eigenen Abkommen über die Höhe des (Mindest-)Lohnes ab. Diese Kollektivabkommen garantieren die gleichen Regeln und Rechte für alle.



In Belgien gibt es auch einen garantierten überberuflichen Mindestlohn. Das bedeutet, dass kein Sektor oder Unternehmen einen Lohn zahlen kann, der unter diesem festen Betrag liegt. Es ist natürlich erlaubt, mehr zu zahlen. Mehrere Sektoren haben zusätzliche Abkommen über den Mindestlohn vereinbart. Für eine Vollzeitbeschäftigung beträgt der überberufliche Mindestlohn (brutto) pro Monat:

- ab 18 Jahre: 1.625 Euro (9,87 €/Stunde)
- ab 19 Jahre mit 6 Dienstmonaten (Betriebszugehörigkeit): 1.668 Euro
- ab 20 Jahre mit 12 Dienstmonaten (Betriebszugehörigkeit): 1.688 Euro

Bruttolohn-Nettolohn

Der Bruttolohn auf Ihrer Lohnabrechnung ist nicht der Betrag, der auf Ihr Bankkonto eingezahlt wird. Davon werden automatisch mehrere Elemente abgezogen. Was Ihnen bleibt, ist Ihr Nettolohn.

Die Sozialbeiträge werden von Ihrem Lohn abgezogen. Sie dienen der Finanzierung der sozialen Sicherheit und ermöglichen es Ihnen, ein Einkommen zu erhalten, wenn Sie krank werden oder arbeitslos sind, wenn Sie einen Zeitkredit erhalten, wenn Sie Ihre Rente beziehen usw. Gleichzeitig finanziert die soziale Sicherheit die Gesundheitsversorgung. Auf diese Weise schützt sie viele Belgier vor Armut. Ein persönlicher Beitrag von 13,07 % wird von Ihrem Bruttolohn einbehalten. Dieser Betrag kann niedriger sein, wenn Ihr Lohn sich dem Mindestlohn nähert. Neben Ihrem persönlichen Beitrag zahlt der Arbeitgeber auch einen Arbeitgeberbeitrag. Stellen Sie sicher, dass Ihr Arbeitgeber Ihre Arbeit als Arbeitnehmer anmeldet. Wenn Sie schwarz arbeiten, haben Sie keinen Anspruch auf Rente oder Arbeitslosengeld.

Zusätzlich zu den Sozialbeiträgen wird auch ein Berufssteuervorabzug von Ihrem Bruttolohn abgezogen. Dieser Abzug ist eine Vorauszahlung Ihrer Steuern. Sie können Ihren Arbeitgeber fragen, dass monatlich ein höherer Betrag abgezogen wird, wenn Sie befürchten, dass Sie nach dem Ausfüllen Ihrer Steuererklärung zu viel Steuern zahlen müssen.

In Belgien gibt es etwa 180 paritätische Kommissionen.

Indexierung

Die Löhne werden automatisch indexiert. Das bedeutet, dass sie an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Der Index wird anhand des „Warenkorbs der privaten Haushalte“ berechnet, einer Zusammenstellung von etwa 1.000 häufig konsumierten Waren und Dienstleistungen. In den 1990er Jahren wurden Tabak, alkoholische Getränke, Benzin und Diesel aus dem Warenkorb entfernt. Seitdem wird er als Gesundheitsindex bezeichnet. Die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an den Index ist nicht gesetzlich geregelt, sondern durch sektorale Kollektivabkommen. Aus diesem Grund ist der Zeitpunkt der Indexierung von Sektor zu Sektor unterschiedlich.

Fahrtkosten

Arbeitnehmer im Privatsektor, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen, haben Anspruch auf eine Entschädigung ihres Arbeitgebers. Die Vergütung kann pauschal, pro Sektor festgelegt oder eine vollständige Erstattung sein. Zum Beispiel durch ein

Abkommen über das Drittzahlersystem, wobei der Arbeitgeber die Kosten zu 100 % übernimmt. Das ist auch für Ihren Arbeitgeber vorteilhaft: Er erhält 20 % Ermäßigung auf die Fahrpreise.

Die Preise für den öffentlichen Verkehr steigen seit Jahren kontinuierlich an. Die Kostenerstattung durch den Arbeitgeber entwickelt sich jedoch nicht in gleichem Maße. Dank des überberuflichen Abkommens 2019-2020 stiegen die Mindestrückerstattungssätze am 1. Juli 2019 um 9,4 % auf ein Minimum von 70 %. Seit dem 1. Juli 2020 werden auch die ersten fünf Kilometer entschädigt. Menschen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, werden in der Regel auch entschädigt. Dieser Punkt wird in Ihrem Sektor oder in Ihrem Unternehmen geregelt. Fahrradzulagen werden in den Sektoren und Unternehmen auch immer häufiger. Zögern Sie nicht, Ihre Gewerkschaft um Informationen zu bitten.

Jahresendprämie

Sie haben Anspruch auf eine Jahresendprämie, wenn diese in Ihrem Sektor, in Ihrem Unternehmen oder in Ihrem Vertrag vorgesehen ist. Eine Jahresendprämie ist eine Form des Lohnes. Sie muss nach den vereinbarten Modalitäten gezahlt werden und unterliegt der Steuer. Sie können die Jahresendprämie in Form eines dreizehnten Monats oder eines monatlichen Festbetrags erhalten. Im Falle einer Entlassung haben Sie in den meisten Fällen Anspruch auf den bereits bestehenden Teil Ihrer Jahresendprämie. Als Leiharbeiter haben Sie auch Anspruch auf eine Jahresendprämie, wenn Sie in der Referenzperiode vom 1. Juli bis 30. Juni über ein oder mehrere Leiharbeitsunternehmen mindestens 65 Tage oder 494 Stunden gearbeitet haben.

Überstunden

Im Prinzip leisten Sie Überstunden, wenn Sie mehr als neun Stunden pro Tag oder mehr als vierzig Stunden pro Woche arbeiten. Häufig gibt es entsprechende Abkommen innerhalb Ihres Unternehmens oder Ihres Sektors. Wenn



Sie Überstunden leisten, haben Sie Anspruch auf einen Lohnzuschlag. In den meisten Fällen ist eine Ausgleichsruhezeit vorgesehen. Seit 2017 können Sie auch „freiwillige Überstunden“ leisten. Dazu müssen Sie ein schriftliches Abkommen mit Ihrem Arbeitgeber vereinbaren. Jeder Arbeitnehmer kann sich das Äquivalent einer Ausgleichsruhezeit von 91 Überstunden pro Kalenderjahr auszahlen lassen, anstatt sie tatsächlich durch eine Ruhezeit zu kompensieren. Das ist ein Recht des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin: Der Arbeitgeber kann ihn/sie nicht dazu zwingen.

Außergesetzliche Vorteile

Die außergesetzlichen Vorteile sind Entschädigungen, die Ihr Arbeitgeber Ihnen zusätzlich zu Ihrem Lohn für die von Ihnen geleistete Arbeit zahlen kann. Dieser Vorteil erhöht

Ihre Kaufkraft. Er hat jedoch einen Nachteil: Er bringt der sozialen Sicherheit weniger ein, so dass Sie weniger Ansprüche, wie z. B. Rentenansprüche, aufbauen. Bei Krankheit oder Unfall sind die außergesetzlichen Vorteile in der Regel nicht in der Berechnung der Entschädigungen enthalten. Das Recht auf Mahlzeit- oder Ökoschecks hängt von Ihrem Unternehmen oder Sektor ab. Zögern Sie nicht, sich zu informieren. Wenn Sie anspruchsberechtigt sind, erhalten Sie einen Mahlzeitscheck in Höhe von bis zu acht Euro pro Werktag. Diese gibt es nur noch in elektronischer Form. Der Anspruch auf eine Zusatzrente hängt von Ihrem Sektor ab. Wenn eine Zusatzrente in Ihrem Unternehmen vorgesehen ist, haben Sie meistens Anspruch darauf. Manche verfügen über ein Firmenfahrzeug. Sie können in Erwägung ziehen, es gegen ein Mobilitätsbudget einzutauschen, das nachhaltige Verkehrsmittel fördert.



WIE UNS DAS GESETZ ÜBER DIE LOHNNORM AN DER NASE HERUMFÜHRT

Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen verhandeln alle zwei Jahre über ein überberufliches Abkommen (ÜBA). Dieses Manteltarifabkommen legt die Lohn- und Arbeitsbedingungen für den gesamten Privatsektor fest. Die Bestimmungen über mögliche Lohnerhöhungen sind ein wichtiger Bestandteil dieser Verhandlungen. Das Gesetz über die Lohnnorm, das 2017 von der Regierung Michel überarbeitet wurde, und die sich daraus ergebenden Folgen lassen kaum noch Spielraum für Erhöhungen. Darüber hinaus zwingt es den Verhandlungsführern in den Sektoren und Unternehmen einen viel zu strengen Rahmen auf.

Vor Beginn der ÜBA-Verhandlungen berechnet der Zentrale Wirtschaftsrat die „maximal verfügbare Lohnspanne“ auf der Grundlage der erwarteten Lohnentwicklung in unseren Nachbarländern. Diese Marge gibt den maximalen Umfang des Lohnanstiegs in den folgenden zwei Jahren an. Diese Berechnung ist jedoch in mehrfacher Hinsicht problematisch geworden, da die Löhne aufgrund

der politischen Manipulationen, die die Regierung Michel 2017 durchgeführt hat, nicht mehr steigen.

Der Belgier ist produktiv

Das Gesetz über die Lohnnorm, das oft als das „Gesetz von 1996“ bezeichnet wird, berechnet, was eine Arbeitsstunde kostet, aber nicht, was sie einbringt. Im Durchschnitt bringt jedoch eine Arbeitsstunde in Belgien mehr Geld ein als bei unseren Nachbarn. Die belgischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in der Tat sehr produktiv. Vergleicht der Zentrale Wirtschaftsrat die „belgischen Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität“ mit denen Frankreichs, der Niederlande und Deutschlands, so stellt sich heraus, dass Belgien 2018 einen Vorsprung von 1,1 % hatte. 2019 lag dieser Vorsprung sogar bei 1,4 %.

Die Produktivität der Belgier nimmt ständig zu. Eine angemessene Entlohnung sollte in der Regel mit diesem Produktivitätswachstum Schritt halten. Dennoch verzeichnen die belgischen Löhne seit 1996 einen Rückstand von 12 % auf das Produktivitätswachstum.



Liselotte Vermeulen – Lidl (Supermarkt)

„Ich habe noch nie eine so intensive Zeit erlebt“



© James Arthur

„Seit dem Ausbruch der Pandemie ist unsere Arbeitslast deutlich gestiegen. Wir haben mehr Kunden, die Regale wurden regelrecht geplündert und wir mussten Extraschichten einlegen, um sie wieder zu füllen. Ich habe noch nie eine so intensive Zeit erlebt. Da die Leute nicht mehr in Restaurants gehen können, ist es normal, dass unser Lebensmittelumsatz steigt. Um alles zu schaffen, müssen wir flexibler sein. Außerdem standen wir immer an vorderster Front. Die Arbeitsbedingungen sind noch immer schwierig, mit den Abstandsregeln und der Maskenpflicht. Wir verdienen einen Ausgleich für all diese Anstrengungen.“

Lohnsubventionen in Milliardenhöhe, die nicht berücksichtigt werden

Das Gesetz von 1996 berücksichtigt nicht die Lohnzuschüsse, die die öffentliche Hand den Unternehmen gewährt: 8,4 Milliarden im Jahr 2019. Dieser Betrag entspricht dem, was die Unternehmen nicht selbst in Form von Löhnen zahlen mussten. Aber man verbietet uns, dies bei den Verhandlungen zu berücksichtigen. Mit anderen Worten, wenn es darum geht, die „Lohnkosten“ mit unseren Nachbarn zu vergleichen, wird so getan, als müssten die belgischen Unternehmen diese 8,4 Milliarden selbst bezahlen.

Dieses Gesetz verbietet auch die Berücksichtigung der von der Regierung Michel durchgeführten Tax-Shift. Durch diese Steuerverschiebung konnte der offizielle Steuersatz (der tatsächliche Steuersatz ist durch die Ermäßigungen noch niedriger) der Arbeitgeberbeiträge von 33 % auf 25 % gesenkt werden. Damit haben die Unternehmen 2,8 Milliarden Euro eingespart. Laut der Michel-Regierung sollte diese Maßnahme dazu beitragen, „Jobs, Jobs und noch mehr Jobs“ zu schaffen. Wissenschaftliche Studien haben jedoch gezeigt, dass dieses Geld, anstatt Arbeitsplätze zu schaffen, dazu verwendet wurde, die Aktionäre besser zu entlohnen. Wieder einmal konnten die Unternehmen einen großen Teil der Kosten, die sie hätten tragen müssen, einsparen. Diese gesparten Beträge werden trotzdem verbucht, um die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügbare Lohnspanne zu komprimieren.

Von den Arbeitgebern vernachlässigte Ausbildung und Innovation

Das Gesetz über die Lohnnorm konzentriert sich voll und ganz auf die Lohnmäßigung. Es liegt auf der Hand, dass unser Land diesen Kampf gegen Niedriglohnländer niemals gewinnen kann. Wenn es um Wettbewerbsfähigkeit oder eine starke Wirtschaft geht, dann geht es auch um so viele andere Faktoren. Unser Vorteil muss daher in einem hohen Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer, aber auch

in innovativen Produkten liegen. Das Gesetz über die Lohnnorm enthält zwar einen Ansatz zur Förderung der Ausbildung, aber dieser Ansatz bleibt ohne Folgen, da es keine Sanktionen gibt. Auch in Bezug auf Investitionen sowie auf Forschung und Entwicklung beschränkt sich das Gesetz über die Lohnnorm auf einige unverbindliche Bestimmungen.

Eine viel zu enge Zwangsjacke

Es gibt andere Punkte, in denen das Gesetz über die Lohnnorm von 1996 im Jahr 2017 restriktiver gestaltet wurde. Jetzt stellt der Verhandlungsspielraum eine Obergrenze dar, die nicht überschritten werden darf, unter Androhung höherer Geldbußen gegen Unternehmen, die dies tun würden. Die 0,4 %, die den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen heute als verfügbare Lohnmarge angedreht werden soll, würden für alle Sektoren und Unternehmen gelten, einschließlich der florierenden oder sich erholenden Unternehmen und Sektoren. Es ist wahr, die Corona-Krise hat viele Unternehmen getroffen. Aber einige von ihnen haben weiterhin hohe Gewinne erzielt.

Und wenn man sich um die anderen Einkünfte kümmern würde?

Das Gesetz über die Lohnnorm erlegt dem Einkommen der Arbeitnehmer erhebliche Zwänge auf. In seinem famosen Artikel 14 sieht es auch die Möglichkeit vor, eine ähnliche Anstrengung von den anderen Einkünften zu verlangen. Dies gilt z.B. für die Einkünfte aus Dividenden. Aber die Kluft zwischen Theorie und Praxis ist riesig. Seit der Einführung des Gesetzes über die Lohnnorm im Jahr 1996 wurde Artikel 14 nie zur Stützung unserer Wirtschaft herangezogen. Die politische Wahl ist deutlich: Nur die Kleinen müssen leiden, von den Reichen wird nichts verlangt.



© James Arthur

Omar Aouled – AkzoNobel (Farbenherstellung)

„Die Leute deckten sich sogar mit Farbtöpfen ein“

„Das Virus hat uns nie von der Arbeit im Unternehmen abgehalten. Im Gegenteil, letztes Jahr haben wir sogar zusätzlich abends und samstags gearbeitet. Wegen des Lockdowns haben viele Leute zu Hause Heimwerkerarbeiten in Angriff genommen. Die Nachfrage nach Farbe war so groß, dass weder wir noch die Baumärkte mithalten konnten. Die Leute deckten sich sogar mit Farbtöpfen ein, so wie sie es mit Toilettenpapier getan hatten. Es war also eine ziemlich stressige Zeit, und sie dauert immer noch an. Im letzten Monat haben wir 1,8 Millionen Liter Farbe produziert. Covid-19 wirkt sich also positiv für AkzoNobel aus. Aber das Unternehmen hatte auch das Glück, dass seine Mitarbeiter trotz der Ängste, die mit dem Virus verbunden waren, weiter gearbeitet haben.“



HOHE LÖHNE STÜTZEN DIE BELGISCHE WIRTSCHAFT

Lohnerhöhungen = Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gegenüber denen der Nachbarländer. Diese Pseudo-Selbstverständlichkeit hat sich in den letzten zehn Jahren durchgesetzt und führte 2017 zu einer Verschärfung des Gesetzes über die Lohnnorm von 1996. Seitdem ist es für uns praktisch unmöglich geworden, substantielle Lohnerhöhungen auszuhandeln.

Immer mehr wissenschaftliche Studien belegen, dass das Gesetz von 1996 negative Auswirkungen auf die Leistung der belgischen Wirtschaft und damit auf die Beschäftigung hat.

Die Politik der Lohnmäßigung hat die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stagnieren lassen. Im letzten Jahrzehnt sind die Reallöhne nicht mehr gestiegen. Schlimmer noch, sie sind in bestimmten Zeiträumen sogar zurückgegangen. Bei der Analyse des belgischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) stellen wir jedoch fest, dass fast die Hälfte der Gesamtausgaben von privaten Haushalten getätigt wurde. Dies entspricht mehr als dem Doppelten der Investitionen der Unternehmen und auch mehr als dem Doppelten der staatlichen Anstrengungen. Mit anderen Worten, der private Verbrauch ist der wichtigste Motor der Inlandsnachfrage. Die Tatsache, dass das Wirtschaftswachstum in Belgien unter der Regierung Michel drei Jahre lang unter dem europäischen Durchschnitt lag, ist eine direkte Folge der Lohnmäßigung. Wenn wir verhindern wollen, dass Belgien in den entscheidenden Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs hinterherhinkt, muss die Kaufkraft verbessert werden. Mit dem aktuellen Gesetzestext von 1996 ist das einfach unmöglich.

Ein zu geringer Produktivitätszuwachs...

Es ist das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit, das neu überdacht werden sollte. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, muss unsere Wirtschaft eine Reihe von Vorteilen gegenüber ausländischen Unternehmen entwickeln. Dabei denken wir an die Innovation und die Aufwertung des Humankapitals. Belgien ist nach wie vor eines der produktivsten Länder der Welt. Das Gesetz von 1996 schmälert jedoch unseren Vorteil, weil es ausschließlich auf Lohnmäßigung beruht. Die Produktivitätssteigerung bei unseren Nachbarn ist doppelt so hoch wie in Belgien. Im OECD-Durchschnitt ist sie sogar dreimal so hoch. Diesen Kampf haben wir also schon verloren. Hinsichtlich des Arbeitsdrucks sind wir an der Grenze dessen, was wir Frauen und Männern in Unternehmen abverlangen können. Die Produktivität kann nicht mehr ein Ziel an sich sein.

Belgien ist nach wie vor eines der produktivsten Länder der Welt.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass hohe Löhne die Produktivität ansteigen lassen. Sie regen nämlich die Unternehmen an, in Technologien zu investieren, die die Arbeitsproduktivität und damit die Produktivität pro Stunde steigern.



Eine Lohnerhöhung von 0,4 %, das ist respektlos!

Alle zwei Jahre verhandeln Arbeitgeber und Gewerkschaften über Lohnerhöhungen. Zurzeit befinden sich diese Verhandlungen in einer Sackgasse. Die Arbeitgeber halten an einer sehr bescheidenen Lohnerhöhung von maximal 0,4 % fest. Sie berufen sich auf das von der Regierung Michel im Jahr 2017 angepasste Gesetz über die Lohnnorm. Dieses Gesetz, das sie selbst entworfen haben, benutzt und missbraucht eine manipulierte Software. Neben diesen mickrigen 0,4 % fordern sie auch mehr Flexibilität und härtere Arbeit: das bedeutet noch mehr Überstunden machen und nachts für weniger Lohn arbeiten. 0,4 % sind zu wenig, vor allem in Branchen, die in den letzten Monaten oft dank der harten Arbeit ihrer Mitarbeiter gute Geschäfte gemacht haben. Aber diese Anstrengungen der Arbeitnehmer werden überhaupt nicht anerkannt. Als Lohnerhöhung bietet man ihnen nur Peanuts an. Das Einkommen vieler Menschen ist in den letzten Monaten zurückgegangen. Für sie käme eine Gehaltserhöhung gerade recht. Außerdem wirkt es sich positiv auf unsere Wirtschaft aus, wenn mehr Geld ausgegeben werden kann.

Negativspirale

Die extreme Form der Lohnmäßigung, die uns aufgezwungen wird, könnte dazu führen, dass wir unseren Vorsprung aufgrund der Negativspirale der Niedriglöhne verlieren. Sie verlangsamt die Produktivitätssteigerung und bremst gleichzeitig den Verbrauch der privaten Haushalte in der lokalen Wirtschaft. Das Gesetz von 1996 scheint also nur negative Auswirkungen auf unsere Wirtschaft zu haben.

Darüber hinaus zeigt die Pandemie, die wir bekämpfen, dass das Konzept der Produktivität im nichtkommerziellen Sektor nicht in der gleichen Weise angewendet werden

schwören. Das führt uns in eine Negativspirale hin zu unzureichenden Löhnen und unattraktiven Arbeitsplätzen. Wir sollten uns von diesem völlig überholten wirtschaftlichen Paradigma befreien und die Lohnnorm in den Papierkorb werfen.“

Joeri Kerremans – Novartis (Pharmaunternehmen)

„Die Arbeitnehmer zeigten sich flexibel“



„Unsere Mitarbeiter können auch unabhängig von Corona krank werden oder gesundheitliche Probleme haben. Daher ist es wichtig, dass die Pharmabranche weiter funktioniert. Die gesundheitlichen Umstände haben die Leistungsanforderungen erhöht. Dank des sozialen Dialogs konnten wir trotz der ständigen Änderungen der Schutzmaßnahmen sicher arbeiten. Novartis und vor allem die Arbeitnehmer zeigten sich flexibel. Wegen des Virus war es sehr schwierig, alle Abteilungen mit Personal zu besetzen. Die Mitarbeiter mussten oft in einer Abteilung und dann in einer anderen arbeiten. Aber auch zu Hause war es nicht immer einfach mit der Quarantäne oder den Kindern, die anderweitig betreut werden mussten, um weiter arbeiten gehen zu können.“

Die Negativspirale der Niedriglöhne verlangsamt die Produktivitätssteigerung.

kann. Diese Arbeitsplätze müssen attraktiver und weniger anstrengend gestaltet werden, indem man die Löhne anhebt und Personal einstellt.

Professor Paul De Grauwe (London School of Economics) kam in einem Leitartikel in De Morgen zu dem gleichen Schluss: „Das Gesetz von 1996 basiert auf veralteten wirtschaftlichen Erwägungen, die auf Kostensenkungen

Jeder hat ein Recht auf Fortschritt!

Der Dialog mit den Arbeitgeberverbänden über die Entwicklung Ihrer Löhne ist sehr schwierig geworden. Die CSC, die FGTB und die CGSLB wollen ein überberufliches Abkommen (ÜBA) für 2021 und 2022, das allen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zugutekommt und ihre Arbeitsbedingungen verbessert. Was wir verlangen, ist einfach:

Ein Lohnabkommen, das diesen Namen verdient, bedeutet:

- Ein indikativer Spielraum für Lohnerhöhungen;
- Eine erhebliche Erhöhung der Mindestlöhne und der Niedriglöhne durch einen solidarischen Beitrag aller Arbeitgeber;
- Signifikante Abkommen über die Laufbahnen und das Ende dieser Laufbahnen (Zeitkredit am Laufbahnende und System der Arbeitslosigkeit mit Betriebszuschlag [SAB], ehemals Frühpension).

Die Änderung des Gesetzes über die Lohnnorm

Dieses Gesetz ist überholt und ungerecht. Es verhindert, dass alle Vorteile, Beitragsermäßigungen und andere Zuschüsse berücksichtigt werden, die den Arbeitgebern gewährt werden. Es wirkt wie ein Thermometer, das die Temperatur nicht richtig misst. Es produziert Zahlen, die manipuliert sind. Dieses Gesetz erlegt den Verhandlungsführern der Sektoren und Unternehmen eine zu enge Zwangsjacke auf.



Schrittweise Wiedereröffnung des Arbeitslosendienstes: Schneller und einfacher

Die letzten Monate waren für uns alle schwierig. Die Coronakrise hat unseren Lebensstil und unsere Arbeitsbedingungen tiefgreifend verändert. Immer mehr unserer Mitglieder wenden sich per E-Mail, Telefon oder über unsere digitalen Plattformen an uns. Wir haben uns dieser Entwicklung angepasst und tun weiterhin unser Bestes, um Sie bestmöglich zu empfangen und Ihre Anfragen zu bearbeiten. Daher werden wir schrittweise in unseren Dienstleistungszentren Schnellschalter für den Arbeitslosendienst einrichten. Wir werden Ihnen auch Termine für längere Besprechungen anbieten, entweder telefonisch oder in unseren Büros.

Was ist ein Schnellschalter?

Es ist ein Schalter, an dem wir gemeinsam prüfen, ob wir alle notwendigen Dokumente haben, oder ob wir noch Dokumente von Ihnen benötigen. Sie werden sofort informiert, ob alles in Ordnung ist. Was einer näheren Analyse bedarf und mehr Zeit in Anspruch nimmt, wird während eines Termins oder zu einem anderen Zeitpunkt bearbeitet. Sie müssen dafür nicht mehr zu uns kommen.

Die Vorteile?

Ein schnellerer Service für eine größere Anzahl von Personen. So können wir Ihre E-Mails schneller beantworten und sind leichter telefonisch erreichbar. Unsere Schnellschalter wurden ab dem 15. März 2021 schrittweise eingeführt.

Öffnungszeiten Arbeitslosendienst

- **Eupen: dienstags und donnerstags, jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr**
- **St.Vith: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr**

Die aktuellen Öffnungszeiten finden Sie auch auf unserer Webseite:

www.diecsc.be

Wir freuen uns darauf, Sie wieder in unseren Dienstleistungszentren begrüßen zu dürfen und Ihnen einen schnelleren und besser an die aktuelle Situation angepassten Service zu bieten. Dank Ihnen können wir diesen Service anbieten.

Die CSC



Unsere Schnellschalter ermöglichen es uns, zu überprüfen, ob alle nötigen Dokumente vorhanden sind.

©Shutterstock.com

29. März: Aktions- und Streiktag

Omar arbeitet bei einem Farbenhersteller, er hat einen niedrigen Lohn. Trotz der Coronakrise hat er nie aufgehört zu arbeiten. Sein Betrieb wurde von der Krise nicht getroffen. Im Gegenteil. Um die Kundennachfrage zu erfüllen, musste er täglich hart arbeiten. Omar erwartet nichts Unmögliches, aber sein Einsatz zugunsten seines Betriebes muss besser gewürdigt werden. Eine Lohnerhöhung von 0,4 %, die das Gesetz zulässt, bedeuten für ihn eine Erhöhung seines Bruttolohnes um sechs Euro pro Monat für die kommenden zwei Jahre. Das ist nicht einmal ein zusätzlicher Urlaubstag. Deshalb wird er sich mit allen Arbeitnehmern am 29. März mobilisieren, um Respekt zu fordern.

Zur Vorbereitung dieses Aktionstages wird Omar „Die Lohnzeitung“ verteilen, eine Informations- und Sensibilisierungszeitung, die von den drei Gewerkschaften in den drei Landessprachen herausgegeben wird und eine Auflage von einer Million Exemplaren hat.

In dieser Zeitung erfahren Sie alles über Ihren Lohn. Wie er verhandelt wird. Was er beinhaltet. Sie beschreibt auch den rechtlichen Rahmen der Lohnbildung mit diesem famosen Gesetz von 2017 und seiner manipulierten Software, wodurch die Verhandlungsspielräume stark eingegrenzt wurden. Abschließend erinnert die Zeitung an unsere kurzfristigen Forderungen zum überberuflichen Abkommen: eine indikative Lohnspanne, eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns und der Niedriglöhne, gute Abkommen zur Aufwertung der Berufslaufbahn und des Laufbahnendes. Lesen Sie diese Zeitung, verteilen Sie sie, sprechen Sie darüber. Wie die „Pensionszeitung“ kann auch dieses Sensibilisierungsinstrument den Unterschied machen.

Schließen Sie sich Omar und allen Arbeitnehmern am 29. März an, um Respekt und Achtung zu fordern. Aber unsere Arbeit wird damit nicht aufhören, denn wir müssen auch die Politik davon überzeugen, das Lohngesetz von 2017 zu reformieren. Gemeinsam werden wir erfolgreich sein.

Marie-Hélène Ska,
CSC-Generalsekretärin



18 der 33 bedrohten Arbeitsplätze bei Shur-Lok gerettet

Wenn der Arbeitgeber auf Konzentrierung setzt, können Alternativen ausgearbeitet werden. Leider haben einige Gruppen keine Skrupel, sich taub zu stellen. Einige konkrete Beispiele aus unserer Region.

Bei Shur-Lok International haben die Verhandlungen Früchte getragen. Wegen der Coronakrise, die die Flugzeuge am Boden hält, hat der Hersteller von Metallverbindungselementen für die Luftfahrtindustrie Schwierigkeiten und kündigte Mitte September an, 33 der 93 in Petit-Rechain beschäftigten Arbeitnehmer entlassen zu wollen.

„Wir haben bewiesen, dass einige der von der Direktion vorgelegten Zahlen falsch waren, und sie hat das zugegeben“, erklärt René Petit, Gewerkschaftssekretär der ACV-CSC Metea. „Dank der konstruktiven Verhandlungen konnten etwas mehr als die Hälfte der bedrohten Arbeitsplätze gerettet werden. Aber wir müssen wachsam bleiben, denn die Zukunft des Luftfahrtsektors ist mehr als ungewiss. Jetzt können die Verhandlungen der sozialen Aspekte beginnen.“

Sulzer wollte davon nichts wissen

Anderes Unternehmen, andere Sitten... Der Schweizer Konzern Sulzer, Eigentümer des ehemaligen Betriebs Ensival Moret, der in Thimister-Clermont Industriepumpen für die Gas- und Ölindustrie herstellt, hat den von den Angestellten angeregten Alternativplan einfach vom Tisch gefegt. Dieser Plan ermöglichte es, 90 der 155 bedrohten Arbeitsplätze zu retten

und gleichzeitig die Rentabilität des Standorts zu sichern.

„Offensichtlich hat die Gruppe nie die Absicht gehabt, ihre Entscheidung rückgängig zu machen. Das ist skandalös. Und die Verhandlung der sozialen Aspekte erfolgte unter Androhung des Konkurses“, so René Petit. „Wir haben die Wogen ein wenig geglättet, aber es ist schwierig, mit einem Damoklesschwert über dem Kopf zu verhandeln. Was tun? Annehmen, was auf dem Tisch liegt, auch wenn es nicht genug ist, oder riskieren, alles zu verlieren? Die Sachlage wurde der Belegschaft erklärt und sie entschied sich für die erste Option. Egal wie hoch der Betrag ist, er ersetzt niemals einen Arbeitsplatz.“

Das ist das Ende der Pumpenproduktion in Thimister-Clermont. Sogar das geistige Eigentum hat die Wallonie verlassen, denn die Schweizer haben die Patente kurz nach der Übernahme des Unternehmens gekauft. Von den 205 Arbeitnehmern werden nur etwa 50 Angestellte übrig bleiben. Die ersten Mitarbeiter werden im April entlassen. Es wird eine Umschulungszelle eingerichtet.

Rückführung in die USA

Auch das Lütticher Unternehmen TAC leidet unter der Coronakrise. TAC hat sich auf die Herstellung von Pleuelstangen für Flugzeuge spezialisiert. Das Werk in Milmort ist gesund und hat die Mittel, um die Krise zu überstehen. Dennoch kündigte die Firmenleitung Ende Oktober an, die 175 in Milmort beschäftigten Arbeitnehmer entlassen zu wollen. Der Konzern will nämlich die Tätigkeit in die USA zurückverlagern. In der Zwischenzeit wurden mehrere Übernahmeangebote unterbreitet. „Aber TAC beschloss

einseitig, Phase 1 der Renault-Prozedur zu beenden. Wir haben diese Entscheidung angefochten, was uns 30 weitere Tage einräumt, die noch einmal um denselben Zeitraum verlängert werden können. Wir wollen den Angeboten, die auf dem Tisch liegen, alle Chancen einräumen“, so René Petit abschließend.

Liberty Liège-Dudelange kurz vor dem Bankrott

Der Stahlkonzern Liberty, der mehrere Standorte im Lütticher Becken besitzt, befindet sich unterdessen in einer schwierigen Cashflow-Situation. Da der Finanzarm Greensill Konkurs angemeldet hat, ist die Gefahr groß, dass sich die Liquidität rapide verschlechtert. Ohne Cashflow ist Liberty nicht in der Lage, seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber seinen Lieferanten, Kunden und letztlich auch gegenüber seinen Arbeitnehmern nachzukommen. Außerdem hat ArcelorMittal direkt reagiert, indem es die Lieferungen an die Lütticher Standorte blockierte. Mittal will Bankgarantien, ehe es die Lieferungen wieder aufnimmt. Angesichts dieser Situation fordert die ACV-CSC Metea ein klares Bekenntnis von Liberty: Der Konzern muss die betroffenen Standorte mit frischem Geld unterstützen. „Die Liberty-Gruppe muss Verantwortung übernehmen und Lüttich aus dieser misslichen Lage befreien, die das Überleben der Standorte und der Arbeitsplätze gefährdet. Die Arbeitnehmer haben diese Situation nicht verdient und wir werden nicht akzeptieren, fallen gelassen zu werden“, betont Jordan Atanasov, Regionalsekretär der ACV-CSC Metea.

Ministerium der „geschlossenen Schalter“

Am 3. März haben die Schalterbeamten der SNCB, darunter auch Militanten der CSC Transcom, den FÖD Mobilität in „Ministerium der geschlossenen Schalter“ umbenannt. Seit der Ankündigung der Schließung von 44 „unrentablen“ Bahnhofsschaltern sind sie noch immer wütend auf den föderalen Mobilitätsminister Georges Gilkinet (Ecolo). Ein hochwertiger öffentlicher Dienst bedeutet auch, eine menschliche und qualitativ hochwertige Präsenz für die Fahrgäste zu gewährleisten. Rentabilität darf nicht das Hauptkriterium für öffentliche Mobilität sein. Qualität, Sicherheit und der zwischenmenschliche Aspekt sind die entscheidenden Faktoren für gute öffentliche Verkehrsmittel.

Ökoschecks

Alle zwei Jahre überprüfen die Sozialpartner im Nationalen Arbeitsrat die Liste der ökologischen Produkte und Dienstleistungen, die mit Ökoschecks in Belgien erworben werden können. Sie berücksichtigen auch neue Umweltkonzepte und Entwicklungen bei der Vergabe von Umweltlabels für Produkte. Eine neue Liste ist am 1. März 2021 in Kraft getreten. Neue Bio-Labels, der Verleih von bestimmten Second-Hand-Produkten sowie Abonnements und Mitgliedschaften in kollektiven Gemüsegärten sind hinzugekommen. Die Sozialpartner haben außerdem für jede Kategorie von großen Elektrogeräten (Kühlschrank, Fernseher, Waschmaschine usw.) die neuen europäischen Labels definiert, die mit Ökoschecks erworben werden können.

Am 1. September 2021 wird eine neue Liste präsentiert: Produkte, die in Geschäften von gelabelten Bauernhöfen gekauft werden können, werden hinzugefügt und ein neues europäisches Energielabel für Beleuchtung wird eingeführt. Diese Überprüfung wird auch eine Bewertung der neuen Liste der gelabelten Elektrogeräte ermöglichen.

Gewerkschaften bewerten Brexit-Abkommen

Mit einem Abkommen kurz vor Torschluss zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich konnte ein harter Brexit verhindert werden. Dennoch kann von einem wirklich weichen Brexit ohne Handelsbarrieren und mit minimalen Auswirkungen auf die Beschäftigung keine Rede sein.

Das Gefühl der Anerkennung für die Bemühungen des EU-Verhandlungsteams unter der Leitung von Michel Barnier überwiegt. In letzter Minute konnte die Europäische Union dank des Weihnachtsabkommens einen harten Brexit, d.h. ohne Abkommen (No Deal), vermeiden. Allerdings muss man sagen, dass im Großen und Ganzen Boris Johnson gewonnen hat. Es handelt sich zwar um ein Freihandelsabkommen mit einigen neuen Errungenschaften, die die Gewerkschaftsbewegung seit langem fordern. Aber von einem wirklich weichen Brexit ohne Handelsbarrieren und mit minimalen Auswirkungen auf die Beschäftigung kann keine Rede sein.

Die CSC will nun gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) vor allem dafür sorgen, dass der unvermeidliche Schaden für die europäischen und insbesondere die belgischen Arbeitnehmer wiedergutmacht wird. Belgien erhält 300 Millionen aus dem Brexit-Fonds der EU für den Schaden, der Unternehmen und ihren Arbeitnehmern durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU entstanden ist.

In Belgien wurde Anfang 2020 ebenfalls ein Brexit-Gesetz zugunsten der Arbeitnehmer verabschiedet. Es sieht Möglichkeiten der Kurzarbeit oder der vorübergehenden Arbeitszeitverkürzung für Unternehmen vor, die durch den Brexit wirtschaftlichen Schaden erleiden. Dieses Gesetz wird sich nun angesichts der folgenden Umstrukturierungswelle bewähren müssen.

Wachsamkeit

Längerfristig ist weiterhin Wachsamkeit geboten, um einen gleichberechtigten Wettbewerb mit dem Vereinigten Königreich in den Bereichen Arbeitsrecht, Umweltstandards und Steuern zu gewährleisten. Wir wissen, dass das Vereinigte Königreich unter Führung der Konservativen unnachgiebig sein wird. Boris Johnsons Unterschrift des Vertrags war noch nicht getrocknet, da lag schon ein Gesetzesentwurf zur Änderung der britischen Gesetzgebung über die Arbeitszeit auf dem Tisch, obschon diese Teil des EU-Rechts und daher durch das Abkommen garantiert ist. Das verheißt nichts Gutes für die Zukunft.

© Shutterstock.com





LÜTTICH



NAMUR

Weltfrauentag: überall Frauen in Aktion

Der diesjährige Weltfrauentag am 8. März war natürlich besonders, denn große Menschenansammlungen waren nicht möglich. Der Kontrast zur Ausgabe 2020, die 7.000 Menschen in Brüssel versammelte, war daher frappierend. Betrachtet man jedoch die Anzahl der Aktionen, die dezentral stattfanden, in den großen Städten, aber auch in vielen Betrieben, dann können wir mit Sicherheit sagen, dass die Mobilisierung eigentlich durch die lokale Verankerung gestärkt wurde, vor allem durch den Slogan „Frauenstreik“.

Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern sind nicht neu, aber sie haben sich durch die Pandemie, die seit einem Jahr unser Leben bestimmt, noch verschärft. Die Gesundheitskrise hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig die Arbeit von Frauen ist: Wenn die Welt stehen bleibt, machen Frauen weiter! Sie sind in der Mehrzahl in Berufen, die sowohl essentiell als auch schlechter bezahlt sind.

Die CSC war bei Kundgebungen in Brüssel (Weltmarsch der Frauen), Mons, Namur, Tournai, Charleroi und Lüttich (feministische Radparade) vertreten. In mehreren Städten fanden außerdem thematische Aktio-

nen statt. Die Angestelltengewerkschaft CNE versammelte sich vor dem Hauptbahnhof in Brüssel zu einem Haka (ein ritueller Tanz der Māori), um eine Refinanzierung des nicht-kommerziellen Sektors in Brüssel zu fordern.

In Dinant führten die CSC-Delegierten von Maxitoys eine Sensibilisierungskampagne für die sexistischen Stereotypen in der Spielzeugbranche durch. Zudem wurde die CSC-Kampagne „Gleichberechtigung ist kein Glücksspiel“ bei all diesen verschiedenen Aktionen vorgestellt. „Wir haben auf den Einfluss der Gesellschaft und der Geschlechterstereotypen auf die Entscheidungen, die Frauen insbe-

sondere in Bezug auf ihre Laufbahn treffen, und auf deren Auswirkungen im Hinblick auf die soziale Sicherheit aufmerksam gemacht“, erklärt Gaëlle Demez von den CSC-Frauen.

„Dieser Internationale Tag der Frauenrechte ist eine Gelegenheit, die Forderungen hervorzuheben, die wir das ganze Jahr über verteidigen. Wir müssen uns auch weiterhin bei unserer täglichen Arbeit dafür einsetzen, damit Frauen nicht die ersten Opfer der vorhergesagten schweren Wirtschaftskrise sind. Denn die wirtschaftliche und finanzielle Autonomie jeder Frau ist eine der Säulen der Frauenrechte!“



BRÜSSEL



CHARLEROI

DIE BELGISCHE STAATSVerschULDUNG IST EXPLODIERT. IST ES ERNST, HERR DOKTOR? (TEIL 2)

In der letzten CSC-Info-Ausgabe wurde erklärt, wie die Coronakrise die Einnahmen des Staates reduziert und seine Ausgaben erhöht hat. Das Ergebnis: Die Staatsverschuldung ist 2020 stark gestiegen.

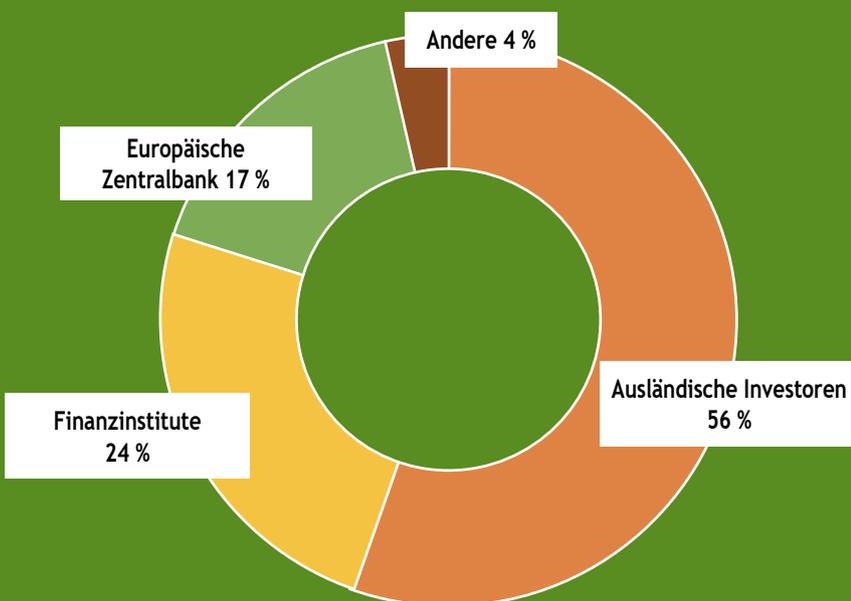


DREI ELEMENTE RELATIVIEREN JEDOCH DAS PROBLEM DER STAATSVerschULDUNG:

1 Belgien nimmt derzeit Kredite zu negativen Zinssätzen auf! Das bedeutet, dass die Zinsen, die der belgische Staat auf seine Schulden zu zahlen hat, nur geringe Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben (siehe Infografik in unserer vorigen Ausgabe).

2 Ein Klotz am Bein für zukünftige Generationen? Zu sagen, dass die Staatsverschuldung eine Last darstellt, die die Generation von heute der Generation von morgen überlässt, ist ein Fehler. Die Staatsverschuldung ist ein Verhältnis zwischen denen, die die Schulden halten (die Anleihen vom Staat gekauft und ihm Geld geliehen haben) und denen, die die Schulden zurückzahlen (indem sie die Zinssätze für die Schulden durch Steuern bezahlen). Wichtig ist also, dass die Steuern, die die Zinssätze zahlen, fair sind und nicht auf prekären Steuern beruhen.

3 Wer hält die belgische Staatsverschuldung? Das Hauptrisiko der Staatsverschuldung: der belgische Staat könnte einer Erpressung durch die Finanzmärkte zum Opfer fallen. Dieses Risiko wird aus mindestens zwei Gründen verringert: Ein immer größerer Teil der Schulden wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) gehalten, die ein öffentlicher Akteur ist. Private Investoren lieben die Staatsverschuldung, da sie in diesen unsicheren Zeiten einen sicheren Wert darstellt.



Die explosionsartige Zunahme der Staatsverschuldung muss uns also nicht weiter beunruhigen. Worauf wir allerdings achten sollten, ist die Planung eines echten sozialen und ökologischen Konjunkturprogramms und der Aufbau einer gerechteren Besteuerung.

Grünes Licht für die Anpassung des Index-Warenkorbes

Der Verbraucherpreisindex wird jedes Jahr im Januar aktualisiert. Eine Index-Kommission, bestehend aus Akademikern und Vertretern der Sozialpartner (einschließlich der CSC), gibt ihre Empfehlung zu den vorgeschlagenen Änderungen ab. Wirtschaftsminister Pierre-Yves Dermagne folgte den Empfehlungen dieser Kommission. Dies ist wichtig, da der Index an die Löhne weitergegeben wird und eines der Elemente ist, die zur Erhöhung der Sozialzulagen beitragen.

Die Lebenshaltungskosten (Inflation) werden aufgrund des Verbraucherpreisindex berechnet. Um diesen Index zu ermitteln, werden die Preise einer Auswahl (eines Warenkorbes) von Produkten und Dienstleistungen überprüft. Jedes Jahr wird kontrolliert, ob dieser Warenkorb den Konsum noch ausreichend widerspiegelt. Neue Produkte und/oder Dienstleistungen werden hinzugefügt und andere werden entfernt, weil sie nicht mehr repräsentativ sind. Die Auswahl dieser Produkte und ihre Gewichtung im Index werden jedes Jahr überprüft.

Ein wichtiger Parameter ist dabei die Erfassung der Haushaltskosten: Im

Auftrag von Statbel erfasst eine Reihe von Haushalten ihre Einkäufe während eines bestimmten Zeitraums. Das Gewicht einer Gruppe und damit das der zugrundeliegenden Produkte im Index kann daher steigen oder sinken, je nachdem, wie sich die Bedeutung einer Produktgruppe für die durchschnittlichen Ausgaben eines Haushalts ändert.

Der Verbraucherpreisindex ist ein sogenannter Kettenindex. Durch die Aktualisierung des Indexes bleibt dieser repräsentativ und aktuell. Zusätzlich zu den sich ändernden Produkten und Dienstleistungen werden die Methoden ständig verfeinert, um Preise und verschiedene Arten von Produk-

ten und Dienstleistungen in den Index einzubeziehen.

Änderungen bei Produkten und Dienstleistungen

Bei der Überprüfung des Verbraucherpreisindex wurden fünf neue Produkte und Dienstleistungen in den Warenkorb aufgenommen: Vitamine, Mineralien und Nahrungsergänzungsmittel, Beratung durch Psychologen, Autodachboxen, Computermäuse und Tastaturen. Zwei wurden entfernt: Navigationssysteme (GPS) und Baumwolltaschentücher.

Computermäuse und Tastaturen sind hinzugekommen, weil die Coronakrise zu einem massiven Einsatz von Homeoffice geführt hat. Die psychologische Beratung wird in einigen Fällen erstattet, daher ist es auch sinnvoll, diese in die Gruppe der paramedizinischen Leistungen aufzunehmen. Navigationsgeräte verschwinden aus dem Warenkorb, weil sie inzwischen zur Standardausstattung eines Autos gehören, so dass deren Verkauf zurückgegangen ist. Der Verbrauch von Baumwolltaschentüchern ist zurückgegangen, weil es in diesen Corona-Zeiten ratsam ist, Einwegtaschentücher aus Papier zu nutzen.

Auswirkungen der Coronakrise

Die Coronakrise hat unser Konsumverhalten 2020 verändert und wird dies auch 2021 tun. Die Index-Kommission ist der Meinung, dass diese Verhaltensänderung keinen Einfluss auf die Gewichtung des Warenkorbes haben kann - zumindest nicht, bis sie deutlicher wird. Für 2021 wird erwartet, dass unser Konsumverhalten allmählich wieder zu dem zurückkehrt, was es in den vergangenen Jahren war, und dass sich alles wieder normalisiert.

Fünf neue Produkte und Dienstleistungen wurden in den Index-Warenkorb aufgenommen: Vitamine, Mineralien und Nahrungsergänzungsmittel, psychologische Beratungen, Autodachboxen, Computermäuse und Tastaturen.



Die Gewichtung in den Jahren 2020 und 2021 wird auf Basis der letzten Erhebung des Haushaltsbudgets von 2018 ermittelt. Die CSC hat immer dafür plädiert, dass für die Gewichtung 2021 weiterhin die Erhebung von 2018 verwendet werden sollte, mit aktualisierten Preisen und aktualisierter Gewichtung für 2020. Normalerweise würde die Erhebung der Haushaltskosten von 2020 verwendet, um die Gewichtung für 2022 und 2023 festzulegen.

Da die Coronakrise das Konsumverhalten jedoch weitgehend beeinträchtigt hat, kann diese Erfassung höchstwahrscheinlich nicht mehr als Grundlage für die Festlegung des Gewichtungsschemas für 2022 und 2023 verwendet werden. Statbel hat daher alle notwendigen Initiativen ergriffen, um eine neue Erfassung für 2021 durchzuführen. Es bleibt abzuwarten, ob 2021 ein „normales“ Jahr in Bezug auf den Konsum sein wird.

Big Data

Neben der traditionellen Preiserfassung in Geschäften werden zunehmend Big Data auf Basis von Scannerdaten und Webscraping eingesetzt. Scannerdaten sind die Daten, die an den Kassen der großen Supermärkte erfasst werden. Ab jetzt soll auch die Aldi-Supermarktkette Scannerdaten an Statbel übermitteln. Webscraping ist eine Technik, die automatisch Inhalte von Websites extrahiert. Durch die steigende Anzahl von Online-Shops und das wachsende Interesse von „klassischen“ Geschäften am Online-Verkauf gewinnt es an Bedeutung.

Sobald das Umsatzvolumen bestimmter Produkte hoch genug ist, werden diese automatisch in den Index aufgenommen. Im Laufe von 2020 wurden, unter anderem aufgrund des Coronavirus, Produkte wie Mundschutz und Desinfektionsgels automatisch in die Indexberechnung aufgenommen. Bei Flugtickets und Pauschalreisen ins Ausland werden 2021 aufgrund der Einschränkungen nur noch europäische Ziele berücksichtigt.

2020 wurde eine neue Arbeitsmethode zur Einbindung des Schlussverkaufs eingeführt. Dadurch wird der Effekt der Verkäufe berücksichtigt, aber unerwünschte Preisschocks werden vermieden. 2021 wird fast ein Drittel des Warenkorbs mit Hilfe von Big Data (Scannerdaten und Webscraping) überwacht werden. Letztes Jahr stellte der Anteil dieser Technik etwa



Aufgrund des erfolgreichen Online-Verkaufs werden die Preise für Kleidung durch Webscraping erhoben.

28 % dar. Doch traditionelle Preiserfassungssysteme werden nach und nach aufgegeben, und dieser Trend wird immer deutlicher.

Viel Arbeit für 2021

2021 werden die Preise für Kleidung nicht mehr auf herkömmliche Weise, sondern mittels Webscraping erhoben. Dank dieser Technik wird das gesamte Bekleidungsassortiment in den Index aufgenommen und nicht nur eine Stichprobe von etwa 50 Artikeln. Das ist für die Repräsentativität eine gute Sache und kann nur begrüßt werden. Die Indexkommission beobachtet die Situation jedoch genau, um sicherzustellen, dass das Webscraping-System ordnungsgemäß funktioniert und die Repräsentativität gewährleistet ist. Außerdem werden viele Tests durchgeführt, bevor Webscraping auf eine Produktkategorie angewendet wird.

Bei den privaten Mietwohnungen wurde 2020 eine effizientere Methode angewendet. Anstatt mit einer Stichprobe von Mietwohnungen zu arbeiten, wurden alle registrierten Mietverträge berücksichtigt. Es ist auch geplant, die Berechnungsmethode zu verfeinern, indem bestimmte Merkmale der Wohnung berücksichtigt werden.

Auch die Preise für Flugtickets sollten mittels Webscraping überwacht werden. Vorläufig wird noch die ma-

nuelle Methode verwendet. Dieses Projekt ist jedoch aufgrund der Coronakrise in Verzug geraten. Aufgrund von Reisebeschränkungen konnten nur wenige Preise erfasst werden. Für Airbnb und Uber werden die Preise mittels Webscraping erfasst. Bisher wurden weder Airbnb noch Uber in den Index-Korb aufgenommen.

Was ist mit Arzthonoraren, Versicherungen?

Ein wichtiger Diskussionspunkt bleibt: Was ist mit den zusätzlichen Arzthonoraren? Derzeit werden nur die offiziellen Tarife der Vertragsärzte bei der Berechnung des Indexes berücksichtigt. Allerdings berechnet eine große Anzahl von Ärzten zusätzliche Honorare, so dass die bisher verwendeten Zahlen nicht repräsentativ sind. Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften fordert die CSC mehr Transparenz. Diese Transparenz ist notwendig, wenn diese zusätzlichen Arztkosten in den Index aufgenommen werden sollen. Man will dieses Ziel bis 2022 erreichen. Die Gewerkschaften haben auch eine Überwachung der Preisentwicklung der Krankenhaus- und Rechtsschutzversicherung angefragt. Die CSC wird weiterhin ihr Möglichstes tun, damit der Verbraucherpreisindex repräsentativ ist.



ZEIT FÜR EINE ECHE ANERKENNUNG

29. MÄRZ:

AKTIONS- UND

STREIKTAG

Unsere Forderungen:

- **Spielraum für Lohnerhöhungen**
Gesunde Sektoren und Betriebe müssen eine Lohnerhöhung von mehr als 0,4 % gewähren können! Aus diesem Grund verlangen wir einen Richtwert! Das wird es uns ermöglichen, wieder frei verhandeln zu können.
- **Deutliche Anhebung des Mindestlohns und der Niedriglöhne**
- **Abkommen zur Aufwertung der Berufslaufbahn und des Laufbahnendes**
- **Änderung des ungerechten Gesetzes von 2017 über die Lohnnorm**